

Hauptausschuss - öffentlich - vom 18.10.2016
1) TOP Bürger fragen

Keine.

2) TOP 6-009/16 Schulsozialarbeit - Anträge der Heinrich-Feurstein-Schule und des Fürstenberg-Gymnasiums auf Genehmigung von Schulsozialarbeit

Bürgermeister Kaiser führt anhand der Sitzungsvorlage in den Tagesordnungspunkt ein. Die Schulsozialarbeit sei Jugendhilfe und somit eine Aufgabe des Landkreise. Der Kreistag hätte aber beschlossen, dass die Schulsozialarbeit in Eigenverantwortung der jeweiligen Gemeinde/Stadt als Schulträger durchgeführt werden solle. Die Verwaltung hätte bisher nur gute Erfahrungen mit der Schulsozialarbeit gemacht. An der Realschule, der Eichendorffschule und der Erich Kästner-Schule würde in diesem Bereich bereits wertvolle Arbeit geleistet. Nun hätte das Fürstenberg-Gymnasium und auch die Heinrich Feurstein-Schule einen Antrag auf Einführung von Schulsozialarbeit mit einem Stellenumfang von 50 % gestellt. Beide Schulen hätten dafür gute Argumente. Die Verwaltung schlage aufgrund der Schülerzahl an der Heinrich Feurstein-Schule eine Schulsozialarbeit mit einem Stellenumfang von 25 % vor.

Stadtrat Mosbacher: (Leiter des Fürstenberg-Gymnasiums) Das Fürstenberg-Gymnasium benötige die Schulsozialarbeit. Es würde auch hier Schüler geben, die den Rückhalt im Elternhaus nicht hätten. Hinzu komme der Erfolgsdruck, unter dem die Schüler stünden. Die Schule gerate mit ihren Streitschlichtern und Beratungslehrern an ihre Grenzen und deshalb würde die Schulsozialarbeit dringend benötigt.

Herr Sauter: (Leiter der Heinrich Feurstein-Schule) In der Heinrich Feurstein-Schule würde es zwar weniger Schüler und kleinere Klassen geben, dennoch sei eine 50 %-Stelle für die Schulsozialarbeit notwendig. Die Problemfelder würden sich immer weiter in die Familien hinein ziehen und dies sei von den Lehrern und der Bildungsbegleiterin, die die Acht- und Neuntklässler unterstütze, nicht mehr machbar. Für einen nachhaltigen Erfolg sei eine zeitintensive, dauerhafte Beziehungsarbeit durch eine Schulsozialarbeit notwendig.

Stadtrat Hall: Auf die Kommunen würden noch viele Dinge zukommen, für die sie nicht zuständig seien. Im Bildungsbereich seien Mittel immer zur Verfügung gestellt worden. Auch in diesem Fall sollen die Schulen die Mittel erhalten. Hierfür müsste dann an anderer Stelle gespart werden. Die CDU-Fraktion werde dem Beschlussvorschlag der Verwaltung, eine 25 %-Stelle für die Heinrich Feurstein-Schule und eine 50 %-Stelle für das Fürstenberg-Gymnasium, zustimmen.

Stadtrat Blaurock: Die Grünen-Fraktion wolle die Schulen ebenfalls unterstützen und beiden Anträgen, eine 50 %-Stelle Schulsozialarbeit zu erhalten, zustimmen.

Stadträtin Dr. Jarsumbek: Das die Zuständigkeiten für bestimmte Aufgaben immer mehr verschwimmen und bei den Kommunen hängen bleiben würden, werde kritisch gesehen. Diese Entwicklung sei nicht gut. Dennoch sei der Bedarf für Schulsozialarbeit an beiden Schulen vorhanden. Die GUB-Fraktion werde auch der Schulsozialarbeit an beiden Schulen mit einem Stellenumfang von 50 % zustimmen.

Stadtrat Rögele: Mittlerweile sei die Schulsozialarbeit an allen Schulen notwendig, auch wenn die Probleme der einzelnen Schulen nicht miteinander verglichen werden könnten. Er werde sich dem Antrag der Grünen-Fraktion, an beiden Schulen eine 50 %-Stelle für Schulsozialarbeit einzurichten, anschließen.

Stadtrat Dr. Wagner: Die Schülerzahlen müssten berücksichtigt werden und aus diesem Grund solle an der Heinrich Feurstein-Schule eine 25 %-Stelle eingerichtet werden, mit einer Option auf Erhöhung bei Bedarf.

Beschluss:

1. Der Einführung von Schulsozialarbeit beim Fürstenberg-Gymnasium mit einem Stellenumfang von 50 % zum Januar 2017 wird zugestimmt.

(13 Ja, 1 Enthaltung)

2. Dem Antrag der Grünen-Fraktion, die Schulsozialarbeit bei der Heinrich Feurstein-Schule mit einem Stellenumfang von 50 % zum Januar 2017 einzuführen, wird nicht zugestimmt.

(8 Nein, 6 Ja)

3. Der Einführung von Schulsozialarbeit bei der Heinrich Feurstein-Schule mit einem Stellenumfang von 25 % zum Januar 2017 wird zugestimmt.

(13 Ja, 1 Enthaltung)

4. Für den Fall der Zustimmung über die Einführung der beantragten Schulsozialarbeit wird der Vergabe der Leistungserbringung an den Caritasverband für den Schwarzwald-Baar-Kreis e. V. am Fürstenberg-Gymnasium und an der Heinrich Feurstein-Schule mit einem Stellenumfang von insgesamt 75 % zu gleichen vertraglichen Regelungen wie bei der Realschule, Eichendorffschule und Erich Kästner-Schule zum Januar 2017 zugestimmt.

(einstimmig)

5. Der vertraglichen Laufzeit bis 31.08.2020 mit der Möglichkeit der Verlängerung um ein weiteres Jahr, falls keine der beiden Parteien kündigt, wird zugestimmt.

(einstimmig)

6. Die notwendigen Haushaltsmittel sind jährlich im städtischen Haushalt einzustellen.

(einstimmig)

3) TOP 6-010/16 Haushaltsplan 2017 - Schulbudgets

Herr Romer führt anhand der Sitzungsvorlage in den Tagesordnungspunkt ein.

Stadtrat Mosbacher: (Auf Frage von Stadtrat Blaurock) Die starken Schwankungen der Schülerzahlen würden mit der weggefallenen Grundschulempfehlung zusammenhängen. Er hoffe, dass sich die Zahlen künftig etwas besser einpendeln werden.

Herr Romer: (Auf Frage von Stadtrat Dr. Wagner) Der hohe Budgetübertrag bei der Realschule sei für die Neuanschaffung von Schulbüchern und anderen Lehr- und Unterrichtsmitteln vorgesehen.

Herr Möllen: (Rektor der Eichendorffschule auf Frage von Stadtrat Blaurock) Die Werkrealschule könne von einer gesunden Zweizügigkeit in den kommenden Jahren ausgehen. Diese Zahlen seien stabil und konstant.

Beschluss: Den Beschlussvorschlägen Nr. 1 bis Nr. 3 der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

4) TOP 6-008/16 Kinderbetreuung - Bedarfsplanung 2016/17

Herr Romer führt anhand der Sitzungsvorlage in den Tagesordnungspunkt ein.

Stadtrat Hall: Die CDU-Fraktion werde den Beschlussvorschlägen der Verwaltung zustimmen und möchte sich bei allen beteiligten für die hervorragende Arbeit, die in den Einrichtungen geleistet werde, bedanken.

Herr Romer: (Auf Frage von Stadtrat Rögele) Bisher würden vier Flüchtlingskinder aus der vorläufigen Unterbringung Donaueschinger Kindergärten besuchen. Aus der BEA seien bisher keine Kinder in Donaueschinger Kindergärten.

(Auf Frage von Stadträtin Schmitt) Die Inklusion benötige noch Zeit und Entwicklung. Inklusion finde bereits in verschiedenen Kindergärten statt.

(Auf Frage von Ortsvorsteher Feucht) Immer da wo Bedarf sei, werden Erzieherinnen eingestellt. Man sei unter anderem mit ehemaligen Erzieherinnen in Kontakt, so dass man sehr Zuversichtlich sei, immer eine vernünftige und gute Lösung für freiwerdende Stellen zu erhalten.

Beschluss: Den Beschlussvorschlägen Nr. 1 bis Nr. 3 der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

5) TOP 2-012/16 DLRG Ortsgruppe Baar - Antrag auf Erhöhung des jährlichen Zuschusses

Frau Motteler führt anhand der Sitzungsvorlage in den Tagesordnungspunkt ein.

Stadtrat Blaurock: Die Sitzungsvorlage hätte ihn überrascht, da er immer gedacht habe, dass auch die DLRG für ihre Jugendarbeit wie die anderen Donaueschinger Vereine unterstützt werde.

Die Grünen-Fraktion werde aus diesem Grund für das Fördermodell b, Erhöhung der Förderung im Sinne des § 11 Vereinsförderrichtlinie unter Einbeziehung aller jugendlichen Mitglieder, stimmen. Dies würde für den Verein eine Fördersumme in Höhe von derzeit 2.657,40 Euro bedeuten.

Stadtrat Dr. Wagner: Es würde keine Zweifel an der tollen Arbeit, die die DLRG Ortsgruppe Baar leistet, geben. Da das DLRG auch in Bräunlingen und Hüfingen aktiv sei, sollte eine Förderung ausschließlich für jugendliche Mitglieder aus Donaueschingen erfolgen.

Stadtrat Hall: Die DLRG Ortsgruppe Baar sei eine Organisation und solle deshalb auch nicht im Sinne der Vereinsförderrichtlinien gefördert werden. Ein Pauschalbetrag in Höhe von 1.500 Euro solle jährlich als Zuschuss ausbezahlt werden.

Herr Moch: (Vorsitzender der DLRG Ortsgruppe Baar) Wenn die DLRG gebraucht werde, dann seien sie da. Dafür würden keine Bedingungen benötigt.

Die DLRG Ortsgruppe Baar erhalte von den Städten Hüfingen und Bräunlingen keine Zuschüsse, das der Verein seinen Sitz in Donaueschingen hätte.

Stadträtin Dr. Jarsumbek: Die GUB-Fraktion könne sich dem Vorschlag von Stadtrat Konrad Hall, eine Pauschalförderung pro Jahr in Höhe von 1.500 Euro auszubezahlen, anschließen.

Stadtrat Rögele: Auch er werde sich dem CDU-Antrag anschließen. An die Gemeinden rund um Donaueschingen könne nur appelliert werden, dass diese sich auch mit einer Förderung an diesem sehr wertvollen Verein beteiligen.

Beschluss:

1. Dem Antrag der Grünen-Fraktion, die Erhöhung der Förderung im Sinne des § 11 der Vereinsförderrichtlinie unter Einbeziehung aller jugendlichen Mitglieder (derzeit 2.657,40 Euro) vorzunehmen, wird nicht zugestimmt.

(11 Nein, 2 Ja, 1 Enthaltung)

2. Dem Antrag der CDU-Fraktion, der DLRG Ortsgruppe Donaueschingen einen Pauschalbetrag in Höhe von 1.500 Euro jährlich zukommen zu lassen, wird zugestimmt.

(einstimmig)

3. Die Förderung wird an die Bedingung geknüpft, im Bedarfsfall in Abstimmung mit dem Sachgebiet Vereinsförderung und Sport jährlich ein Angebot oder einen Aufsichtsdienst im Parkschwimmbad oder den Freibädern Wolterdingen und Hubertshofen bereitzustellen.

(8 Ja, 4 Nein, 2 Enthaltungen)

4. Die Verwaltung wird gebeten, die Beträge ab 2017 im Bereich Vereinsförderung in den Haushalt einzustellen.

(einstimmig)

6) TOP 2-011/16 Satzungsänderung Narrenverein Immerfroh Wolterdingen e.V.

Beschluss:

Es wird zur Kenntnis genommen, dass der Narrenverein „Immerfroh“ Wolterdingen e. V. den Wortlaut seiner Satzung an die Vorgaben des Finanzamtes anpassen wird und die Stadt Donaueschingen, Ortsteil Wolterdingen, weiterhin als Treuhänderin für den Fall der Auflösung des Vereins eingesetzt ist.

7) TOP 2-018/16 DonauquellFest – Beschluss zukünftige Konzeption

Herr Haller stellt die zukünftige Konzeption des DonauquellFestes in Zusammenarbeit mit der Brauerei vor. Ein gemeinsames Fest könnte sich nicht nur zu einem Publikumsmagneten der Region entwickeln, sondern auch zur gegenseitigen Entlastung, insbesondere in finanzieller Hinsicht, führen. Alle zwei Jahre, immer in den ungeraden Jahren, in denen keine Fußball-Weltmeisterschaft oder -Europameisterschaft ausgetragen werde, solle das Fest stattfinden. In den geraden Jahren solle die Quelle zum Internationalen Donautag Ende Juni herausgeschmückt werden und ein kleines Rahmenprogramm organisiert werden. Auch das Gregorifest solle in den geraden Jahren wieder auf dem alten Festhallenplatz stattfinden. Über die Narrenzunft hinaus sollen noch mehr Vereine in das Fest miteinbezogen werden.

Stadtrat Hall: Die Synergie-Effekte sollten auf jeden Fall genutzt werden. Nicht nur die Narrenzunft sollte bei einem kommenden DonauquellFest bewirten. Anderen Vereinen müsste diese Möglichkeit auch eröffnet werden. Die Stadt müsse auch ein Highlight für das DonauquellFest formulieren und etwas mehr als bisher geplant sei, dazu beitragen. Er stelle den Antrag, dass auch in den geraden Jahren ein DonauquellFest organisiert werden solle, eben ohne die Brauerei. Eine Eventagentur solle für die Stadt ein entsprechendes Konzept ausarbeiten, dass dann von der Stadt selbst betreut werde.

Stadträtin Dr. Jarsumbek: Die eigene Identität müsse gewahrt werden. Es müsse noch etwas „kultiviertes und stilvolles“ zum DonauquellFest von der Stadt dazu beigetragen werden. Ein zweites Herbstfest dürfe nicht entstehen. Auch sie spreche sich dafür aus, dass die Donauquelle jedes Jahr gefeiert werde und nicht nur herausgeschmückt und ein kleines Rahmenprogramm angeboten werde. Das Gregorifest solle auch jedes Jahr im Residenzbereich stattfinden und nicht wie vorgeschlagen alle zwei Jahre auf dem alten Festhallenplatz.

Stadtrat Rögele: Auch er spreche sich für das Gregorifest mit dem dauerhaften Standort im Residenzbereich aus. Eine Kooperation mit der Brauerei in den ungeraden Jahren sei sicherlich sinnvoll. Für die geraden Jahre müsse aber noch überlegt werden, wie das Fest gefeiert werden solle. Es müsse auf jeden Fall ein kleines DonauquellFest veranstaltet werden.

Stadtrat Blaurock: Bisher sei die Stadt bei dem geplanten DonauquellFest mit der Brauerei zu schwach vertreten. Der städtische Teil und Beitrag müsste noch mehr ausgearbeitet werden, da es nicht zu einem Bierfest werden sollte. Auch in den geraden Jahren solle ein tolles Programm geschaffen und die Donauquelle gefeiert werden. Auch er bevorzuge den Residenzbereich als dauerhaften Standort für das Gregorifest.

Oberbürgermeister Pauly: Die Stadt müsse in den Vordergrund des DonauquellFestes rücken. Das vorgestellte Konzept sei lediglich ein Vorschlag der Brauerei. Nachdem der Hauptausschuss diesem grundsätzlich zustimmen werde, werde die Verwaltung in weitere, konkrete Planungen einsteigen.

Stadträtin Wiemer: Der Fokus beim DonauquellFest solle auf die Quelle und den Zusammenfluss gelegt werden. Auch das Gregorifest mit seiner über 400-jährigen Tradition solle bei der Neukonzeption nicht zu kurz kommen.

Stadtrat Dr. Wagner: Das DonauquellFest müsse eine hohe Wertigkeit bekommen. Die Stadt müsse dieses Fest mit einem Partner an ihrer Seite (Brauerei) präsentieren und ein ansprechendes Konzept hierfür ausarbeiten.

Beschluss:

1. Der Gemeinderat nimmt das Konzept der Fürstenberg Brauerei zur Kenntnis und unterstützt die gemeinsame Veranstaltung des DonauquellFests durch Stadt, Brauerei und Narrenzunft im 2-jährigen Turnus ab 2017.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Stadt und die Quelle bei diesem Fest noch mehr in den Vordergrund zu rücken und weiteren Vereinen die Möglichkeit zu geben, eine Bewirtung während des Fests anzubieten.
3. Dem Antrag von Stadtrat Hall, eine Eventagentur mit der Konzeption des DonauquellFests zu beauftragen, wird zugestimmt.
4. Der Gemeinderat stimmt dem Vorschlag zu, das Donauquell-Fest jährlich mit dem Gregorifest zu veranstalten und ein Rahmenprogramm anzubieten, das die Quelle in den Fokus rückt.

(einstimmig)

8) TOP 1-073/16 Gedenken an jüdische Mitbürgerinnen und Mitbürger in Donaueschingen

Stadtrat Rögele: Es sei wichtig und richtig an der Rathausmauer eine Gedenktafel für jüdische Mitbürgerinnen und Mitbürger anzubringen. Er stimme dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zu.

Stadträtin Schmitt: Im Text sollte der gesamtgesellschaftliche Aspekt deutlich gemacht werden und insgesamt sollte der Text gekürzt werden.

Stadtrat Hall: Auch er halte den Text auf der Tafel für zu viel. Eventuell könnte auf die Tafel auch ein Gedicht, welches zum nachdenken anrege, geschrieben werden.

Stadträtin Wiemer: Sie hätte bei der inhaltlichen Ausarbeitung der Gedenktafel mitgearbeitet. Es sei wichtig, dass die jüdischen Familien, die in Donaueschingen gelebt hätten, deren Schicksale und der Schülermarsch auf der Tafel erwähnt seien.

Oberbürgermeister Pauly: Da sich der Gemeinderat noch nicht mit dem Text auf der Gedenktafel einig sei, werde der Tagesordnungspunkt von der Tagesordnung genommen. Aus jeder Fraktion solle eine Person benannt werden, die dann gemeinsam mit der Verwaltung den Text überarbeiten werden.

9) TOP 4-059/16 Musikschule - neuer Standort

Frau Dr. Mell führt anhand der Sitzungsvorlage in den Tagesordnungspunkt ein.

Bürgermeister Kaiser: Die Musikschule solle dort bleiben wo sie sei.

Stadtrat Hall: Die Musikschule leiste hervorragende Arbeit. Die jetzige Lage der Schule sei sehr gut. Die Gebäudestruktur hingegen sei in einem schlechten Zustand. Ideen um diese Strukturen zu verbessern müssten in Zukunft gefunden werden.

Beschluss: Von einem Neubau für die Musikschule wird derzeit abgesehen.
(einstimmig)

10) TOP 1-078/16 Digitale Bereitstellung von Sitzungsunterlagen

Oberbürgermeister Pauly führt anhand der Sitzungsvorlage in den Tagesordnungspunkt ein und stellt das Ergebnis der von der GUB-Fraktion gewünschten Umfrage vor. Diese zeige, dass eine komplette Umstellung auf iPads nicht möglich sein werde.

Stadtrat Blaurock: Die Grünen-Fraktion werde sich für den Ansatz 2, Beibehaltung der bisherigen Form mit zusätzlichem, individuellem Internet-Zugang zum städtischen Ratsinformationssystem für die Gemeinderäte/Ortsvorsteher, aussprechen. Wenn dieses Ratsinformationssystem gut funktioniere, könne auf Antrag das Versenden der Unterlagen in Papierform gestrichen werden.

Stadträtin Dr. Jarsumbek: Das Umfrageergebnis sei für sie sehr enttäuschend. Offensichtlich wollen viele Gemeinderätinnen und Gemeinderäte nicht auf die Unterlagen in Papier verzichten. Wenn sich nicht das komplette Gremium für iPads ausspreche, dann mache eine teilweise Umstellung wenig Sinn und deshalb solle alles so beibehalten werden, wie es derzeit sei.

Stadtrat Rögele: Er hätte die Befürchtung, dass mit der Einführung von iPads der Blickkontakt zwischen dem Gremium und der Verwaltung verloren gehen würde. Der Ansatz 2 halte er nicht für gut und könne diesem nicht zustimmen.

Stadtrat Reith: Auch er halte den Ansatz 2 nicht für gut. Er wünsche sich, dass zumindest Ansatz 1, Beibehaltung der bisherigen Form mit zusätzlicher, digitaler Bereitstellung der Sitzungsvorlagen als PDF-Dokument zum Download, umgesetzt werde.

Stadtrat Hall: Auch er spreche sich für den Ansatz 1 aus.

Beschluss: Der Hauptausschuss beschließt den Ansatz 1, Beibehaltung der bisherigen Form mit zusätzlicher, digitaler Bereitstellung der Sitzungsvorlagen als PDF-Dokument zum Download, umzusetzen.

(einstimmig)

11) TOP Anfragen aus dem Gemeinderat und Verschiedenes

Stellenwiederbesetzung im Amt 3 Öffentliche Ordnung – Sachbearbeitung Bürgerservice

Bürgermeister Kaiser: Im Bürgerservice werden in kurzer Zeit zwei Stellen frei. Eine Stelleninhaberin wird in den Ruhestand verabschiedet, eine andere habe ihr Beschäftigungsverhältnis gekündigt. Um schnellstmöglich diese beiden Stellen wieder zu besetzen, sollten diese auch schnellstmöglich ausgeschrieben werden. Er bitte um Zustimmung für die Ausschreibung der freiwerdenden Stellen auch ohne eine entsprechende Sitzungsvorlage, die selbstverständlich in der nächsten Gemeinderatssitzung nachgereicht werde.

Beschluss: Der Hauptausschuss stimmt den Wiederbesetzungen der freiwerdenden Stellen im Sachgebiet Bürgerservice im Amt Öffentliche Ordnung zu.

(einstimmig)